Der Schachty-Prozeß

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Im Schachty-Prozeß wurden am 28. Mai eine Reihe von Zeugen vernommen, die das Bild der **Brüder Kolodub** und anderer Angeklagten ergänzen und diese als wütende und blutdürstige Feinde der Arbeiterklasse schildern. Aus der Haft vorgeführt, sagte ein ehemaliger Agent der weißgardistischen Ochrana im Schachty-Prozeß, **Kladko**, als Zeuge aus, daß die Brüder Kolodub, Bereslowski, Kalganow, Babenko und Eltadze **in Beziehungen zur weißgardistischen Ochrana standen**, ihr Material über revolutionäre Arbeiter und ehemalige Mitglieder der Roten Garde lieferten. **Auf Grund dieser Denunziationen wurden viele Arbeiter verhaftet und hingerichtet.**

Vorsitzender: Wie groß war die Zahl der Hinrichtungen?

Kladko: **Im Schachty-Bezirk allein wurden ungefähr 1—4000 Arbeiter hingerichtet.**

Der Bergarbeiter Kusnozow, der als Zeuge vernommen wird, schildert Emeljan Kolodub als einen haßerfüllten Konterrevolutionär und ärgsten Arbeiterschinder. Er ging immer mit einem Stock bewaffnet unter den Arbeitern herum und schlug sie bei jedem Anlaß. Nach der Revolution von 1905 wurden auf seine Denunziationen hin viele Arbeiter verhaftet. Er entließ die Techniker, die in guten Beziehungen zu den Arbeitern standen. Auf Fragen Kolodubs erklärt der Zeuge: **Ja, sie haben die Arbeiter tyrannisiert.**

Der **invalide Arbeiter Bailow** sagt aus, daß die Schachty-Arbeiter die Donez-Verschwörung „Kolodubiade" nennen, weil sie überzeugt sind, daß die Brüder Kolodub die geistigen Urheber der konterrevolutionären Verbrechen und der Sabotageakte waren. **Im Jahre 1915 provozierte Emeljan Kolodub im Schachty-Bezirk Arbeiterunruhen, berief dann Kosaken und Gendarmen, die die Arbeiter mißhandelten und viele von ihnen verhafteten.**

Die **Arbeiterin Jawina** sagt aus, Andrej Kolodub habe die bei ihm bedienstete Hausangestellte Polja nach dem Einzug der Weißen hinrichten lassen, unter der Beschuldigung, sie habe von der Garderobe Kolodubs, die Kolodub ihr vor seiner Flucht zu den Weißen zur Aufbewahrung übergab, ein Kleid für sich behalten.

Der als Zeuge vernommene Arbeiter Pagubin erklärt, daß Andrej Kolodub die Sowjetmacht oft beschimpfte. Als Kolodub dies leugnet, erinnert Krylenko an protokollierte Zeugenaussagen, wonach er auch anläßlich der Trauerfeier am Todestage Lenins heftige Aeußerungen gegen die Sowjetmacht gemacht habe.

In der Abendverhandlung wurde der Angeklagte Naschiwotschnikow verhört. Wieder ein Angeklagter, der trotz der erdrückenden Beweise leugnet. Seine Verteidigung ist durchsichtig und ziemlich einfältig. Er leugnet jede Beteiligung an der Schädigungsarbeit der Verschwörer.

Krylenko: Sie sind Spezialist, bemerkten Sie denn nicht im Laufe von so viel Jahren die systematischen Sabotageakte?

Angeklagter: Ich habe eine Reihe von Anomalien gesehen und Kalganow und Babenko darauf aufmerksam gemacht, sie haben mir aber alles zu erklären gewußt.

Krylenko: Also Sie wußten nicht, daß diese Anomalien das Werk der Saboteure waren?

Angeklagter: Jetzt weiß ich, daß es sich damals um Sabotageakte handelte.

Diese Verteidigung löst eine allgemeine Heiterkeit aus da Naschiwotschnikow ein mit allen Fachtkenntnissen ausgerüsteter Bergwerksingenieur ist, während Babenko, der ihn angeblich über die Natur der „Anomalien" zu beruhigen wußte, ein einfacher Techniker ist, der ihm an Fachbildung nicht heranreicht.

Naschiwotschnikow gegenübergestellt, erklären die Angeklagten Kalganow und Bereslowski, das Naschiwotschnikow Mitglied der konterrevolutionären Organisation war. Bereslowski wiederholt seine Aussage, daß er Naschiwotschnikow für seine Schädigungsarbeit das Geld gegeben hat, das er von Kalganow zwecks Uebergabe erhielt. Naschiwotschnikow bleibt auch nach diesen Aussagen und auch nach seiner Konfrontierung mit **Babenko und Emeljan Kolodub beim Leugnen.** Das Einzige, was er zugibt, ist, daß er kein Revolutionär war.

Wschinski,
der Vorsitzende im Schachty-Prozeß

Der russische Oberstaatsanwalt **Krylenko,**
der die Anklage im Donez-Prozeß vertritt

Wirtschaftskämpfe und IAH

(1. Fortsetzung.)

Die Reformisten

Als die gesamten Metallarbeiter zu Beginn und im weiteren Verlauf der Teilstreiks in Sachsen stürmisch forderten, daß der Generalstreik für die sächsische Metallindustrie durchgeführt werden müsse, wandten sich die Reformisten mit allen Mitteln dagegen. Kurz vor der Gesamtaussperrung schrieb die Dresdner Volkszeitung:

„So ernst die Situation ist, muß doch erwartet werden, daß sich noch ein Ausweg findet. Vor allem sollten die Metallindustriellen sich der Riesenverantwortung bewußt sein, die sie durch eine Gesamtaussperrung auf sich nehmen."

Die Chemnitzer Volksstimme schrieb:

„Für den Schaden aber, der der Wirtschaft aus der Aussperrung erwächst, sind nur die Unternehmer verantwortlich zu machen."

In diesen Augenblicken, wo die Unternehmer zur Aussperrung schritten, beteuerten die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer ihre Unschuld und versuchten die Regierungsstellen zum Eingreifen und zum Abwürgen der Bewegung zu veranlassen.

Die sächsische Schlichtungskammer fällte einen Schiedsspruch, der von beiden Parteien abgelehnt wurde. Später griff auf Verlangen der Unternehmer das Reichs-Arbeitsministerium ein, bildete eine neue Spruchkammer, verhandelte und verhandelte und letzten Endes wurden die vom Reichs-Arbeitsministerium gefällten Schiedssprüche in der Lohn- und Arbeitszeitfrage „im öffentlichen Interesse" wieder für verbindlich erklärt.

Die Gewerkschaftsführer haben in diesem Kampf gezeigt, daß sie vollständig auf Seiten der Unternehmer stehen. Sie verhinderten den Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung mit allen Mitteln.

Der Streik und die Aussperrung der sächsischen Metallarbeiter ist durch den Schiedsspruch und die Verbindlichkeitserklärung im Interesse der Unternehmer beendet. Daß die Großindustriellen mit einem solchen System zufrieden sind und die Arbeiter noch damit verhöhnen, beweist folgende lehrreiche Episode. Besser als diese können wir in vielen Artikeln die von den reformistischen Gewerkschaftsführern mitgeschaffene und vielgelobte Schlichtungsordnung nicht charakterisieren. Als die Arbeiter der Fa. Reinecker A. G. Chemnitz wieder in den Betrieb zurückkehrten, wurden ihnen die „Schlußzahlung" für die geleistete Arbeitszeit vor dem Streik ausgehändigt. Ein Arbeiter übergab uns seinen Lohnbeutel, es befand sich darin

1 Pfennig und ein von der Firma herausgegebenes Flugblatt

in dem es u. a. folgendermaßen heißt:

„Der Streikerfolg besteht in einer Erhöhung des Spitzenlohnes um 5 Pfg. in der Stunde. Dieser Erfolg ist erkauft mit einem Verdienstausfall von 29 Arbeitstagen für die Streikenden und von 23 Arbeitstagen für die im Abwehrkampf ausgesperrten Arbeitnehmer.

Die Lehren aus diesem ganz unnötig gewesenen Streik: Setzt Euren Arbeitswillen durch, notfalls unter dem Schutz der Behörden."

Was soll das anders heißen „setzt Euren Arbeitswillen durch" als: Arbeitet zu den Bedingungen, die wir Euch bieten oder die Behörden durch Schlichtungsausschüsse Euch zusprechen. Wenn Ihr alle nicht unter diesen Bedingungen arbeitet, sondern nur teilweise, dann kommt in die Betriebe, die Behörden werden durch die Polizei und andere Machtmittel die Streikbrecher schützen.

Der Kampf der sächsischen Metallarbeiter ist wie schon erwähnt durch Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen beendet. Den Kampf auf einer derartigen Grundlage zu beenden, war vonseiten der Behörden mit Unterstützung des Unternehmertums und der reformistischen Gewerkschaftsführer von Anbeginn des Kampfes geplant. Warum haben diese Instanzen nicht schon 14 Tage oder 3 Wochen früher diese Art Abwürgungsmethoden angewandt oder den Kampf überhaupt verhindert?

Die reformistischen Gewerkschaftsführer wollten den Arbeitermassen vortäuschen, daß sie bereit sind, Kämpfe durchzuführen, um die breite Masse der Arbeiter durch radikale Reden unter ihre Führung zu bekommen und sie auszunutzen für den Wahlkampf. Die Verzögerung der Verbindlichkeitserklärung geschah ebenfalls aus diesen Gründen und ferner wollte man die Arbeiterschaft beim Ausspruch der Verbindlichkeitserklärung abgekämpft vorfinden. Man rechnete damit, daß wenn man diese Taktik nicht einschlagen würde, die sächsischen Metallarbeiter den Versuch unternehmen würden, trotz Verbindlichkeitserklärung den Streik bis zum siegreichen Ende fortzuführen.

Schon während des Kampfes haben die reformistischen Gewerkschaftsführer bewußt eine Abwürgungstaktik durchgeführt. Sie unterließen es, den Kampf auf eine noch viel breitere Basis zu stellen als dies durch den Teilstreik und die darauffolgende Aussperrung geschehen ist. Eine Hilfe für das Unternehmertum war es, indem die Reformisten die in den Sondertarifgebieten Aue—Schwarzenberg, Döbeln—Roßwein und Annaberg freiwillige Vereinbarungen (bezüglich Aue—Schwarzenberg) vor dem Schlichtungsausschuß abschlossen, die sich von den erst abgelehnten Schiedssprüchen nicht unterschieden. Diese Vereinbarungen wurden abgeschlossen, ohne die Mitglieder oder die Gewerkschaftsfunktionäre zu fragen.

Die Gewerkschaftsbürokraten ließen auch keinen ernsthaften Kampf aufkommen gegen die Streikbrecherarbeit, der von der Opposition stürmisch gefordert wurde. Es wurde auch nichts unternommen gegen die Notstandsarbeiten in den Betrieben, wodurch die Unternehmer wichtige Aufträge fertigstellen ließen.

Alle Maßnahmen zur Unterstützung der Unorganisierten wurden von den Gewerkschaftsbürokraten abgelehnt. Selbst die Unterstützungsanträge der kommunistischen Gemeindefraktionen wurden durch die SPD zum größten Teil abgelehnt im Auftrage der Gewerkschaftsbürokraten.

Was für eine Wirkung es haben muß, wenn große Teile der Kämpfenden 4—5 Wochen ohne Unterstützung hungernd im geschlossenen Kampf verharren, brauchen wir nicht besonders zu erwähnen. Durch die Verweigerung der Unterstützung an die dem Verband erst neu Beigetretenen oder auch Unorganisierten durch die Gewerkschaften oder die Gemeinden, wollte man bewußt die Vorbereitungen schaffen, den Kampf über die Verbindlichkeitserklärungen hinaus unmöglich zu machen. **(Fortsetzung folgt.)**

Die Konferenz der Freunde der Sowjetunion

Köln. Nach der Vorkonferenz vom 26. 5. wurde die meritorische Tagung der Konferenz der Freunde der Sowjetunion vom Genossen Lawther (Sekretär der englischen Sektion der Freunde der Sowjetunion, Mitglied der ILP) eröffnet. In das Präsidium wurden gewählt: Lawther, Cannone (Frankreich, Mitglied der CGT) und Siewert (Deutschland, Vorsitzender des Organisationskomitees). Es sind Delegierte aus folgenden Ländern eingetroffen: England 5 (3 Mitglieder der Labourparty und 2 Kommunisten), Frankreich 4 (ein Sozialist, drei Kommunisten), Belgien 1 (Arbeiterpartei), Schweiz 1 (KP. Schweiz), Tschechoslowakei 1 (KPTsch.), Oesterreich 2 (1 KPOe. und 1 ausgeschlossener Sozialdemokrat), Deutschland 13 (6 KPD, 6 SPD, 1 Christlich-Sozialer), außerdem Vertreter der IAH., der „Liga gegen Imperialismus" und viele Gäste.

Mit größter Entrüstung wurde die Mitteilung des Vorsitzenden empfangen, daß der Delegation der Sowjetgewerkschaften die Einreiseerlaubnis verweigert worden ist.

Als Referent zum ersten Tagesordnungspunkt: **„Die imperialistische Kriegsgefahr"** sprach der Genosse Lawther: Die Gefahr des imperialistischen Krieges, insbesondere des Krieges gegen die Sowjetunion, wurde nicht nur nicht gemildert, sondern verstärkt. Der englische Imperialismus ist aus allen Kräften bestrebt, Deutschland in den Antisowjetblock einzubeziehen. (Besuch Birkenheads in Deutschland und die Interviews, die er über seine Reise gab.) Der Vorschlag Kelloggs zur „Aechtung des Krieges" wurde von Chamberlain wohl „unterstützt", die Einschränkungen jedoch, die in der Antwortnote Chamberlains erwähnt wurden, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß er auch diesen Vorschlag zu einem Instrument der Verstärkung der britischen Kolonialherrschaft und der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion verwandeln will.

Die Enthüllung der konterrevolutionären Verschwörung im Donezbecken hat ein ganzes Komplott der polnischen, deutschen und anderer Bourgeoisien gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion aufgedeckt.

Die Verschärfung des Kampfes um das Mittelländische Meer und andere Tatsachen zeigen, daß auch die innerimperialistische Kriegsgefahr wächst.

Die Sowjetunion ist der einzige Staat, der ernst und aufrichtig den Frieden will. Das hat auch das Auftreten Litwinows in Genf gezeigt.

Unter solchen Verhältnissen treten die Führer der englischen Gewerkschaften nicht nur für die Arbeitsgemeinschaft mit der eigenen, sondern auch der internationalen Bourgeoisie ein.

Die Sowjetunion führt den Kampf um die Befreiung der Unterdrückten der ganzen Welt. Deshalb müssen und werden die Werktätigen der ganzen Welt mit allen Kräften den Kampf führen gegen die verbrecherischen Kräfte des Kapitalismus, gegen den imperialistischen Krieg, gegen den blutigen Faschismus. Sie werden den Kampf führen um die Verteidigung der Sowjetunion.

In der Diskussion schilderte Genosse **Richter (Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands) wie die SPD und SAJ-Führer jeden bekämpfen und mit Ausschluß bedrohen, der für die Sowjetunion eintritt.**

Genosse Cannone führt aus:

Der französische Imperialismus wurde in der letzten Zeit zum wütendsten Vorkämpfer des Antisowjetblockes. Die Gefahr einer Beteiligung Frankreichs an dem drohenden Kriege gegen die Sowjetunion ist ungeheuer gestiegen. **Von der französischen Sozialistischen Partei, die alle Teilnehmer der Delegation zum zehnjährigen Jubiläum der Sowjetunion ausgeschlossen hat, darf nicht die geringste Unterstützung bei der Bekämpfung der Kriegsgefahr erwartet werden.**

Ullrich (SPD Chemnitz) fordert einen Massendruck der SPD-Mitglieder gegen die Führer, um ihre Politik klassenmäßig zu beeinflussen.

Genosse Ziegler (Oesterreich) führte aus, daß die Außenpolitik Oesterreichs immer mehr von England beeinflußt wird. Die Verhaftung Béla Khuns zeigt, daß die österreichische Regierung bereit ist, internationale Henkerdienste zu leisten. Es muß alles aufgeboten werden, um Béla Khun aus den Klauen der Polizeibande zu befreien.

Genosse Hans Beck führte in seinem Referat über die Gewerkschaftseinheit aus:

Die beste Sicherung des Friedens und der Sowjetunion ist die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese Einheit muß aber eine kämpferische Einheit sein. Wir haben keine Hoffnungen auf einen von den jetzigen Gewerkschaftsführern geleisteten Widerstand gegen den Krieg, aber dennoch sind die Gewerkschaften ein Faktor von größter Bedeutung für seine Bekämpfung. Dem bei den breiten Massen vorhandenen Willen der Einheit muß die Grundlage gegeben werden, auf der sie geschaffen werden kann. Was bisher hierbei geleistet wurde, ist noch unzureichend. Diese Grundlage würde am besten auf einer internationalen Konferenz unter Beteiligung aller freien Gewerkschaften und durch eine breit angelegte Kleinarbeit vorbereitet, den Massen nahegebracht werden können. Als Vorstadium wären internationale Komitees, von der Art des russisch-chinesischen Bergarbeiterkomitees zu schaffen.

Die Diskussion zum Referat über die Gewerkschaftseinheit eröffnete Genosse Crieck (Vorsitzender des Gewerkschaftsrates von Manchester). Er wies darauf hin, daß die revolutionäre Gewerkschaftseinheit die Vor[illegible] der Kriegsgefahr ist. Das englo-russische Komitee hatte wenig Erfolg, **da es vom Generalrat sabotiert und schließlich gesprengt wurde.** Trotzdem ist die Einheitsbewegung in England im starken Anwachsen begriffen.

Genosse Doucet (CGTU) glaubt, daß die Frage der Gewerkschaftseinheit, die Vermittlung zwischen CGT und CGTU nicht eine spezielle Aufgabe der Rußlandfreunde darstellen könne. In Frankreich könne die Einheit nur durch eine Spaltung der CGT erreicht werden. **Die Aufgabe sei, die Stärkung des revoluttenären Gewerkschaftsflügels.**

Ein kommunistischer Genosse aus dem Ruhrgebiet, ferner der Genosse Pennewitz (SPD) und andere Genossen treten dem Standpunkt Doucets entgegen und stellen fest, daß die Unterstützung der Sowjetunion vom Kampfe für die Gewerkschaftseinheit untrennbar ist.

An der Diskussion zum Referate Becks nahmen noch die Genossen Tobler (Schweiz) und Kocks (christlicher Gewerkschafter) teil. Genosse Kocks lehnte kategorisch im Namen der Opposition der christlichen Gewerkschaften jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ab. Zum Vereinigungskongreß sollen nicht die christlichen Führer, sondern die Arbeiter hingeschickt werden, sie werden schon die Einheit durchsetzen.

Nach Abschluß der Diskussion wurde die Resolution über die Bekämpfung der Kriegsgefahr und die Resolution über die Gewerkschaftseinheit angenommen. Es wurde weiter beschlossen, **ein internationales Bureau,** bestehend aus je zwei englischen, französischen und deutschen Genossen, zu bilden.

Als letzter Punkt der Tagesordnung berichtete Genosse Rossi über den Faschismus:

Das faschistische Italien ist der gefährlichste Herd des imperialistischen Krieges. **Der Terror in Italien ist unbeschreiblich. Ueber 6000 proletarische Gefangene schmachten im Zuchthaus. In den letzten 13 Monaten wurden mehr als 2000 Jahre Zuchthausstrafen verhängt.** Genosse Rossi fordert die Anwesenden auf, an der Arbeit des Komitees, das unter dem Vorsitz von Barbusse zum Kampfe gegen den Faschismus international gebildet wird, regsten Anteil zu nehmen.

Nach Annahme einer Resolution gegen den Faschismus **wurde die Konferenz geschlossen.**

SLUB
Wir führen Wissen.